

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Feiertage kosten die gespaltene
Zeile oder deren Raum 15 Pf.
Reklamen pro Zeile 30 Pf.

Amtsblatt der Stadt Braubach

Verantwortlicher Redakteur: U. Lemb.

Fernsprech-Hilfslinie Nr. 30.

Postleitzettelkonto Frankfurt a. M. Nr. 7639.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von

U. Lemb in Braubach a. Rhein.



Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal „Fahrtplan“ und ein-
mal „Kalender.“

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 12.

Redaktionsschluss: 10 Uhr Vorm.

Bezugspreis:

monatlich 60 Pfennig.

Durch die Post bezogen viertel-
jährlich 1,80 Mr.

Von derselben frei ins Haus ge-
liefert 2,22 Mr.

Nr. 129.

Freitag, den 2. Juni 1916.

26. Jahrgang.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(23. Sitzung.) R.S. Berlin, 30. Mai 1916.
Am Ministerthale: die Minister Löebell und Dr. Denze.
Die Abgeordneten sind zahlreich erschienen.
Präsident Graf v. Schwerin-Löwisch eröffnet die Sitzung
mit Antritt in die Tagesordnung vor, eine Reihe
von Begrüßungen und Denkschriften, darunter auch diejenigen
der Befreiung von Kriegsschäden in Ostpreußen an
den östlichen Haushaltsausschuss zu verweisen.

Nach einer durch den Abg. Adolf Hoffmann (Soz.)
ausgeschmiedeten Geschäftsbordungsdebatte werden die Abstimmungen
zurückgestellt, bis die Vorlagen dem Hause zuge-
gangen sind.

Das Hause tritt in die Tagesordnung ein. Ein Antrag
verschiedener Parteien des Hauses ersucht die Regierung, in der
verschiedenen Haushaltsschäden Mitteilung zu machen, welche
Maßnahmen sie zur Sicherstellung einer zweckmäßigen und ge-
rechten Verteilung der Lebensmittel getroffen hat und noch
zu treffen gedenkt. Der Antrag wird angenommen. Der
Haushaltvertrag zu dem zwischen Preußen und den süd-
lichen Staaten abgeschlossenen Staatsvertrag zur Regelung
der Lottotieverhältnisse von 1911 wird ohne Aussprache er-
schöpft.

Die Steuerzuschläge.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über
die Erhöhung der Buschläge zur Einkommensteuer und zur
Erbfolgesteuer auf Grund der Fassung, die er in der
zweiten Beratung im Hause erhalten hat.

Dr. v. Hendebrand: Wir haben von Anfang an
annehmen, daß der Staat die Mittel bekommen muß, deren
zur Erfüllung seiner Aufgaben bedarf. Wenn wir gleich-
zeitig gesagt haben, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, so ge-
hört das, weil wir zunächst die Stellungnahme des Reichs-
tag gegenüber den dortigen Steuervorlagen kennzeichnen
sollten. Was der Reichstag beschließen wird, findet nicht
in ihrer Beziehung unseren Beifall. Wir erblicken ins-
besondere in dem Beschluss, daß nicht nur die Kriegsgewinne,
sondern auch die Kriegsverluste herangezogen werden sollen,
im Anfang einer Reichsvermögensbesteuerung und das ist
in unserer Ansicht ein höchst bedenklicher Vorgang.

Abg. Dr. Pörsch (Centr.): Wir werden für die Vorlage
in der Haltung der zweiten Beratung stimmen. Wir werden
die Vorlage ablehnen, wenn der Betraum der Gestaltung
abgedreht wird.

Abg. Dr. Bachs (Wp.): Wir haben der Steuer-
vorlage in der zweiten Beratung zugestimmt und finden keinen
Anlaß in der dritten Beratung unsere Stellung zu wechseln.
Wir können uns der Pflicht der Deckung für die Fehlbeträge
nicht entziehen. Die Bedenken des Abg. Dr. v. Hendebrand
sprechen dem Steuerkompromiß des Reichstages können wir
nicht anschließen. Daß die Form des Reichssteuer-
kompromiß nicht glücklich war, liegt nicht am Reichstag,
sondern an den eingeschalteten Finanzministern, die den
Reichstag in eine Zwangslage versetzt haben. Der jetzige
Vorlage stimmen wir zu.

Abg. Dr. Friedberg (Soz.): Auch wir werden die
Vorlage annehmen, trotz der großen Bedenken, die wir haben.
Das Gesetz bringt schwere Belastungen, namentlich für die
Gesellschaften. Wir müssen uns fragen, welche Wirkungen
die neuen Reichsteuer für die Zukunft haben werden. Daß
es gelingen, wie sie der Finanzminister mit dem Steuer-
kompromiß im Reichstag erzielten wollte, wirlich eintreten
wollen, will ich dahingestellt sein lassen. Für meine politi-
schen Freunde ist gegenüber den großen Bedenken, die wir
die Vorlage haben, die Befristung auf ein Jahr eine
ausreichende Notwendigkeit.

Abg. Dr. v. Beditz (Centr.): Wir stimmen den Be-
stimmungen zweiter Beratung zu, insbesondere auch der Beschrän-
kung der Vorlage auf das laufende Rechnungsjahr. Nur
eine einzjährige Fehlungsduer gewährt uns die Möglichkeit,
die Bedenken hinwegzutragen, die wir gegen die
Steuerkompromiß des Reichstages nach verschiedenen
Richtungen gegenüber der Regierungsvorlage einen ent-
scheidenden Rückhalt bedeuten.

Abg. Dr. Hirsch (Soz.): Den Steuerkompromiß im
Reichstag bewerben auch wir, aber aus wesentlich anderen
Gründen als Dr. Friedberg. Von einer steuerlichen Über-
nahme des Beschlusses kann bei uns noch gar keine Rede sein.
Wir schützen Löher an Gut und Blut in diesem Kriege
gegen die breiten Schichten des Proletariats und auch der

Finanzminister Dr. Denze: Da fast alle Redner für die
Vorlage der Regierung eingetreten sind, will ich nicht
widerstreiten, namentlich der Staatsregierung dem hohen Hause
auszubreiten für seine Bereitwilligkeit, die preußischen
Gesammelten in Ordnung zu halten. Die Regierung sieht
den Gesetzentwurf so, daß für die Dauer des
Krieges eine besondere Kriegsteuer erhoben werden soll.
Sieht das Hause diesem Vorschlag nicht Rechnung ge-
tun, sondern glaubt, die Erhöhung der Einnahmen auf
eine solche Beschränkung zu sollen. Die Staatsregierung ist fest
darauf überzeugt, daß wir auch im nächsten Jahre mit
Beschränkungen zu rechnen haben, und es kann der Regierung
diese hause doch nicht gleichgültig sein, wenn wir
neuen Steuervorschlägen kommen müssen.
Nach der ungewöhnlichen weiteren Debatte wird die Vorlage
vom Sozialdemokraten angenommen.

Deutscher Reichstag.

(25. Sitzung.)

R.S. Berlin, 30. Mai.
Am Tische des Bundesrats sitzen Staatssekretär Dr.
Helfferich und Unterstaatssekretär Wahnschaff.

kleine Anfragen.

Von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft liegen
zwei Anfragen vor, wonon die eine das Verbot von 22 Mit-
gliederversammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins
für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis mit der Tages-
ordnung „Kassenbericht und Reuwohl des Vorstandes“ durch
das Oberkommando in den Marken, die andere das Verbot
eines Zeitungsartikels durch das Auswärtige Amt deshalb,
weil sein Inhalt der Mehrheit einer Fraktion des Reichs-
tages nicht gefallen möchte, betrifft.

Präsident Dr. Raempf: Nach § 85 b der Geschäfts-
ordnung unterbleibt der Aufruf einer Anfrage, wenn die An-
frage einen Gegenstand der Tagesordnung betrifft. Das ist
begünstigender Anfragen der Fall.

Abg. Bassemann (Soz.): fragt, wie es sich mit dem
Sterbegeld einer Sterbefall für solche Verstorbene verhält,
die im Laufe des Krieges in Feindesland gefallen sind. Die
Gesetzgebung in solchen Fällen den Anspruch auf Sterbe-
geld abgewiesen, weil der Unterstüzungsfall im Auslande
eingetreten sei.

Ministerialdirektor Dr. Gaspar: Der Unterschied zwischen
im Inlande und im Auslande geforrbten Verstorbene in
diesem Falle ist eine Unbilligkeit, die durch eine Bundesrats-
verordnung beseitigt werden wird.

Fortsetzung der Zensurdebatte.

Abg. Rosse (Soz.) wendet sich gegen Auswüchse der
Befreiung, die manchmal an Größenwahn grenzen, ferner gegen
angebliche männigfache Beschämungen der persönlichen Frei-
heit durch die stellvertretenden kommandierenden Generale. Wir
verlangen die Aufhebung der Befreiung, alle anderen Anträge sind
zwecklos. Konserne und Nationalliberalen fordern für sich
das Recht zur Erörterung ihrer Umregionsspläne, sonst sind
sie für Unterdrückung gegenseitiger Ansichten. Kriegsblönde
Reden wie die der Herren Abg. Dertel und Hirsch dürfen
nicht unwiderrührbar bleiben. (Der Redner erhält einen
Ordnungsruf, als er frühere Kaiserreden in die Debatte zieht.)
Für mehr oder wenigerphantastische Erörterungspläne ihres
Blut zu vergießen, dazu verspüren die Volksmassen nicht die
geringste Neigung; sie sind lediglich zur Verteidigung der
Heimat ins Feld gezogen (Befreiung bei den Soz.). Wir
fordern auch die Freiheit der Erörterung der Kriegsziele,
aber in diesem Sinne! Unser Volk begrüßt es mit Genug-
tuung, daß überall in der Welt die Neigung zur Beendigung
des Völkermordens wächst. (Lebh. Beifall links.)

Vertreter des Kriegsministeriums, Oberst Hoffmann:
Die scharfen Äußerungen, die in diesen Debatten gefallen
sind — man hat sogar von „Unverschämtheit“ gesprochen —
weise ich mit Entschiedenheit zurück; sie dienen nicht der
Sache. Befreiung und Pressefreiheit sind wahrhaftig nichts
Eingehenes und keine militärische Kommandostelle drängt
sich dazu; die Militärbehörden tun nur ihre Pflicht. Der
vom Abg. Rosse erwähnte Erlass, wonach eine Reichstags-
verordnung des Abg. Bauer über Ernährungsfragen nicht verbreitet
werden durfte, wollte nur die Verbreitung nach dem Aus-
lande verhüten; meines Erachtens ist gegen den Erlass nichts
auszusagen.

Abg. Gothein (Wp.): Ich halte diesen Erlass trotzdem
für verfassungswidrig. Die wahrheitsgetreue Wieder-
gabe der Reichstagsverhandlungen ist ausdrücklich durch die
Verfassung gestellt. Die Verteilung der Befreiung der
Stettiner Befreiungsmaßnahmen war keine Richtstellung,
sondern eine Unrichtstellung. Die gegen mich vom
Stettiner Oberkommando verhängte Befreiungsmaßnahme besteht
unverändert fort, wegen eines Artikels, den fünfzehn andere
Befreiungsbefreiungen unbeanstanden gelassen hatten. Wo bleibt
die Einheitlichkeit der Befreiung, die uns bei der
Schaffung des „Kriegspresseamts“ versprochen wurde?
Der „Völkerfrieden“, die Zeitschrift der Friedensgesellschaft
ist verboten, die Buchhandlung der Friedensgesellschaft unter-
drückt worden. Ist denn die „Friedensgesellschaft“ etwas
Gemeingeschädliches? Dabei ist ihr allein der Befreiung
mit unseren Gefangenen in Feindesland zu danken.
Der „Alldeutsche Verband“ aber hat, mit geradezu blut-
räuberischen Reden, eine Vorstandssitzung abhalten dürfen.
Medner rügt die Befreiungsrede, die sogar heimlich geübt worden sei.
Er geht auf sonstige Befreiungsmaßnahmen im einzelnen ein,
die nach seiner Meinung als kindisch, als kinderlichen
Patriotismus zu bezeichnen seien, und fährt fort: Die
Militärdiktatur hat schwere Fehler gemacht, über die erst nach
dem Frieden ausführlicher wird gesprochen werden können.
(Lebh. Beifall links.) Redner fordert im weiteren die Er-
richtung eines Reichsamts für Befreiungs- und Vereins- und
Befreiungsbefreiungsrecht. Diese unliebsamen Aussprüche dürfen
nicht wiederholt werden! (Bravo.)

Abg. Dr. Stresemann (Soz.): Wir weisen es zurück,
daß wir für uns besondere Vorrechte in Bezug auf die
Befreiung verlangen. Was mein Parteifreund Hirsch verlangt und
ausgesprochen hat, ist sein gutes Recht; die Ent-
scheidungen der nationalliberalen Partei müssen ebenso zu
öffentlicher Erörterung gestellt werden können, wie die An-
sichten der Herren Rosse und Gothein. Die Befreiungen sind
gar nicht so unabhängig, wie man denkt; einzelne haben
selbst erklärt, daß sie immer den Buckel hergeben müssen für

Meinungen des Auswärtigen Amtes und anderer Regierungs-
stellen.

Herr Wilson w. das deutsche Volk als
Friedenmittler nicht;

Sehr richtig bei den Rechtf. wir weisen mit dem überwiegenden
Teile des Volkes seine Hand zurück! (Lebh. Beifall be-
denkt und rechts, Wiederholung links.) Seine Neutralität
hat denn doch ein zu eigenständliches Gesicht gezeigt; jedi-
wahrlaß redliche, neutrale Friedensvermittlung soll und will
kommen sein! Die verbündeten Regierungen sollten sich frei-
lich nicht auf veraltete Gebräuche stützen, sondern auf einen
starken Reichstag.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichskanzler kann
die Verantwortlichkeit für Maßnahmen der Befreiungsbefreiung
nicht tragen. Gegen die „Befreiung“ ist die Befreiung ebenso
ausgeübt worden, wie gegen andere Blätter. Es sind jetzt
schon viele Einschränkungen und Erleichterungen erfolgt; die
Regierung hat den vollen Willen, den Wünschen des Reichs-
tages nach Möglichkeit entgegenzutreten, und es wird mit
dem allmählichen Abbau der Befreiungsvorschriften fortgesfahren
werden. Die freigleiche Durchführung des Krieges, in dem
wir den Kampf um die Existenz des deutschen Volkes führen,
muß allen anderen Erwiderungen voranstehen, auch wenn es
in dem einen oder anderen Fall Opfer der persönlichen Über-
zeugung kostet und wenn es dem einen oder dem anderen
recht schwer fällt.

Abg. v. Graefe (konf.): Die jedem Völkerrecht hohn-
sprechende Kriegsführung Englands, wie die Politik unserer
ganzen Gegner zwingt uns zum Weiterkämpfen bis zu einem
dem Deutschen Reich und Volke genügenden Frieden.
Darum müssen manche Wünsche leider zurückstehen. So
sehr wir die Angriffe des Abg. Rosse verurteilen, so
sehr haben auch wir zu klagen über das Prinzip der
Entstellung, um nicht zu sagen, Fälschung der öffentlichen
Meinung (Lebh. Zustimmung rechts; hört, hört links).
Herr v. Hendebrand hat mit der Marokkorede, die er
seinerzeit hielt und die der Reichskanzler ihm so
übernahm, so sehr Recht behalten (stürmische Befreiung
rechts), daß man sich nicht genug wundern kann,
daß man ihm nun — wie es beim Kreuzzeitungs-Artikel ge-
schah — abermals den Mund verbieten will. Wenn man die
Befreiung so rücksichtslos überwollen wollte, so hätte man auch Kanzlerreden
und Kanzler-Interventions verbieten müssen. Die letzte Rede
hat ein englisches Blatt einen „maskierten Rückzug des
Kanzlers“ genannt. Ich glaube nicht, daß der Kanzler diese
Wirkung im Auslande erwartet — er erwartet ja meistens
etwas anderes — aber hätte sie erwartet müssen, nachdem
er jeden kraftvollen Ausdruck der Wünsche des deutschen
Volkes durch die Befreiung unterbindet. (Beifall rechts.)

Das Vertrauen zu der Regierung
kann man nur verlangen, wenn es nicht durch die chinesische
Mauer der Befreiung gehemmt wird. Das deutsche Volk hat
gerade in diesem Kriege der Regierung und dem Kaiser ge-
geben, was des Kaisers, geben Sie auch dem deutschen Volke,
was des Volkes ist, sein Selbstbestimmungsrecht. (Lebhafte
Beifall rechts und bei den Soz.)

Staatssekretär v. Jagow: Das Einschreiten der Befreiung
gegenüber dem Hendebrandischen Artikel war durch außer-
politische Rücksichten geboten; wenn dann Herr v. Hendebrand
in der „Befreiung“ angegriffen wurde, so hatte daraufhin die
Befreiung keinen Grund mehr zum Einschreiten.

Abg. Stadthagen (Soz. Wp.): Wenn die Rechte wir-
lich dem Volke das Mitbestimmungsrecht geben will, so muß
sie für unsere Anträge stimmen. (Sehr richtig! bei den Soz.)
Redner kommt dann noch einmal auf Einzelfälle der Ver-
leugnung der persönlichen Freiheit zu sprechen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Wenn der Abg. Graefe
glaubt, daß er mit seiner Rede dem Vaterland einen Dienst
 geleistet hat, dann tritt er sich. (Lebh. Beifall links und in
der Mitte.) Es geht nicht an, der Regierung mitten in
einem solchen Krieg vorzuwerfen, daß sie das deutsche Volk
auf den Weg nach Dänisch führe. (Sturm. Beifall.) Eine
solche Behauptung in einem solchen Augenblick ist ein
Verbrechen an den Interessen des Vaterlandes. (Erneuter
stürmischer Beifall.) Die Anklamungen und die
Gründe der Regierung sind dem Reichstag in geheimen
Sitzungen sehr eingehend dargelegt worden; hier kann ich sie
nicht wiederholen, ich würde sonst Verrat am Vaterland üben.
(Sturm. Hört, hört.) Nicht minder scharfer Protest muß die
Reichsleitung erheben gegen die Rede des Abg. Stadthagen.
Wer solche Worte gebraucht, schädigt das Vaterland, fast
mehr noch als es von der anderen Seite geschehen ist. Wenn
etwas die

Notwendigkeit der Befreiung
beweist, dann sind es solche Reden. Lassen Sie mich die
dringende Bitte an das Haus und an alle Parteien im
Vande richten: Daß wir einig und geschlossen bleiben und
uns zusammenfinden in dem Gedanken, daß über alles der
Sieg des Vaterlandes stehen muß. (Sturm. Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.): Auch der andere Schluß ist
berechtigt, daß wir ohne die Befreiung niemals eine solche
Debatte erlebt haben würden wie heute. Die Reden der
Herren v. Graefe und Stresemann dürfen aber auch von
uns nicht unwiderrührbar bleiben. Draußen im Ausland
darf der Eindruck nicht austreten, als ob hinter solchen
Reden die Mehrheit des deutschen Volkes stünde. (Sturm.

mischer Beifall links.) Beide Herren haben einen Sturmangriff gegen die Regierung gerichtet. Der Politik, die aus solchen Worten spricht, müssen wir alle entgegentreten. Die beiden Abgeordneten haben auch den Präsidenten Wilson angegriffen, die amerikanische Neutralität angeprangert und eine Friedensvermittlung Wilsons abgelehnt. Wenn Präsident Wilson wirkliche Schritte tun will, um dem Völkermord ein Ende zu machen, so findet er die Unterstützung und den Beifall der ganzen Welt, auch des deutschen Volkes. (Sturm. Beifall links.)

Abg. Hirsch (nachl.). Wir fordern die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele. Mit der Mundharmonika kann man die Mauern von Jericho nicht einrennen! Von dem Präsidenten Wilson und von Amerika sind wirkliche Wohltaten für Deutschland nicht zu erwarten. Haben wir aus den Äußerungen des Staatssekretärs des Außen ein Gefühl von Stärke herausgehören können? Diese Äußerungen waren so ziemlich das Unzulänglichste, was man hören konnte. (Lebh. Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Bei den weiteren Ausführungen des Abg. Hirsch kommt es zu stürmischen Szenen. Abg. Scheidemann (Soz.) wird zur Ordnung gerufen, als er dem Redner „Unterschämt“ surrt. Präsident Dr. Kaemper unterbricht den Redner wiederholt und verweist ihn zur Sache. Nach weiterer Debatte, in der die gegenseitigen Anschauungen wiederholt mit großer Heftigkeit aufeinanderplaziert, kommt es zur Abstimmung.

Der Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird abgelehnt. Der Kommissionsantrag, wonach eine Beleidigung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers ganzlich verboten werden kann, wird angenommen, ebenso die übrigen Kommissionsanträge über die Handhabung des Vertrags- und Verfassungsrechts, über die einheitliche Handhabung der Befreiung, über die Schufhaft usw. und der fortschrittliche Antrag auf Einbringung einer Vorlage zur Übertragung der Befreiung an die Bündnispartner und der Verantwortlichkeit an den Reichskanzler.

(26. Sitzung.) CR. Berlin, 21. Mai.

Am Tisch des Bundesrats die Staatssekretäre Dr. Helfferich und v. Jagow. Der Nachtragsetat, der Mittel für die Errichtung eines eigenen Gefandtschaftsgebäudes in Sofia und Erwerb eines Grundstücks zur Erweiterung der Botschaftsgebäude in Konstantinopel fordert, wird nach kurzer Verhandlung durch Staatssekretär v. Jagow, der mittelt, daß die bulgarische Regierung ein geeignetes Grundstück in Sofia unentgeltlich zur Verfügung stellen wolle, in erster und zweiter Lesung angenommen. Es folgt die

zweite Beratung der Steuervorlage.

Zunächst findet eine alle Steuern umfassende Generaldebatte statt.

Abg. Dr. Südekum als Berichterstatter referiert in ganz wenigen Sätzen über das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen.

Abg. Herold (Btr.) gibt einen Überblick über die bisherigen Grundsätze der Besteuerung im Reich und der Verteilung der Steuerarten zwischen Reich und Bundesstaaten. Eine Ausnahme war nur der Wehrbeitrag und das leste Besteuerungsgesetz, wo das Reich zum ersten Male zu den direkten Steuern griff. Durch das jetzt im Ausschuß beschlossene Kompromiß ist an diesen Grundsätzen nichts geändert; es handelt sich bei der Kriegssteuer, wie besonders betont werden muß, nur um eine einmalige Besteuerung, die den außergewöhnlichen Umständen entspricht und mit der kein Prädeterminanz geschaffen werden soll. Redner erläutert in einzelnen die vorliegenden Steueroberlagen, wie sie in der Kommission ihre jetzige Gestalt erhalten und durch die Presse bekannt geworden sind. Dem gestellten Abänderungsantrage werde seine Partei nur zustimmen, soweit sie auf der Beständigkeit der bürgerlichen Parteien beruhen. Der Reichstag hat in der Kommission den von der Regierung geforderten Steuerbeitrag nicht nur nicht anstandslos bewilligt, sondern er ist weit darüber hinausgegangen; das ist ein einziger dastehender Fall im parlamentarischen Leben der Völker und bezeugt den tiefen Ernst des deutschen Volkes, aus dem ihm aufgezogene Widerstände stark und frei hervorgehen zu wollen. (Beifall bei den bürgerl. Parteien.)

Abg. Stolten (Soz.): Die jetzigen Vorlagen sind noch ganz im Geiste der althergebrachten Finanzpolitik aufgezogen und nehmen auf die Bedürfnisse des Volkes ebenso wenig Rücksicht wie auf die politischen Wirkungen gegenüber dem Volke. Von einer „Neuorientierung“ lassen sie jedenfalls nichts bemerken. Die Umsatzsteuer ist besonders bedenklich, weil sie immer wieder abgewälzt werden kann und infolgedessen zuletzt und so gut wie ausschließlich den Verbraucher trifft. Die erhöhten Postgebühren werden zur Besteuerung und Erhöhung des Verkehrs beitragen. Bei den Tabakabgaben hat man erklärt, dafür sei die Kriegssteuer besonders günstig; auch das halte ich nicht für zutreffend. Bei der Kriegsgewinnsteuer fehlt jede Möglichkeit, ihren Extrakt zu schärfen. Wir wollten den Befrei stärker heranziehen. Wie die Vorlagen jetzt aussehen, lehnen wir es ab, uns mit der Verantwortung für sie zu beladen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Wiemer (Bp.): Meine politischen Freunde stehen auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse. Aus technischen Gründen ist es während des Krieges nicht möglich, eine gründliche, großzügige direkte Besteuerung durchzuführen. Nach dem Kriege muß eine gründliche Reform und ein Ausgleich mit den Einzelpaaten geschehen. Eine reinliche Scheidung der einzelnen Steuerarten ist dabei kaum denkbar. Mit dem Grundsatz: die indirekten Steuern dem Reich und nur sie dem Reich, die direkten den Bundesstaaten und nur den Bundesstaaten! wird — wie ich im Gegensatz zu dem Abg. Herold glauben möchte — nach dem Krieg gebrochen werden müssen. Die Einzelpaaten dürfen sich nicht auf den Standpunkt jener Banderole stellen, die jetzt ohne Rücksicht auf die Lebensmittelndöde der anderen ihren Kreis einfach abschließen. Die ganze Last der Mittel, die wir jetzt brauchen, tritt auf dem Wege direkter Steuern aufzubringen, halten wir nicht für angängig; auf indirekte Steuern kann nicht verzichtet werden. Im Frieden würden wir den jetzigen Steuergesetzen die Zustimmung versagt haben; im Kriege müssen alle Gedanken sich darauf richten, die Reichsfinanzen vor Erschütterungen zu befreien.

Abg. Kleinath (nachl.): Auch wir haben uns gezwungen gesehen, auf besondere Wünsche angesichts des Gebots der Stunde zu verzichten. Die Besteuerung vor dem Kriege war zwar prozentual mäßig, aber sie ist fortgesetzt gewachsen. Es war unvermeidlich, neben dem Befrei den Verkehr mit zur Ausbringung der Reichsausgaben heranzuziehen; wir haben ungern unsere Zustimmung gegeben. Es ist erfreulich, daß es gelungen ist, für eine Anzahl von Gewerbetreibenden eine Milderung bei der Besteuerung der Umsatzsteuer zu erzielen. Um die ausgleichende Besteuerung des bundesstaatlichen Steuerbedarfs kommen wir bei der künftigen Finanzreform nicht herum. Die Besteuerung der Kriegsgewinne war von Anfang an populär. Die Besteuerung des Reichtumskommandos statt des Vermögenszuwachses wäre zweifellos besser gewesen, was

aber nicht durchzuführen, zum kommt leider der Verschwendet besser weg als der Später. Auch die Bestimmungen über eine einheitliche Veranlagung durch technisch vorgebundene Beamte, die wir gewünscht hätten, waren leider nicht erreichbar. Die daraus bezügliche Resolution bitten wir anzunehmen.

Abg. Graf v. Westarp (cons.): Die konservative Partei hält an dem Grundsatz fest, daß die direkten Steuern von Vermögen und Besitz den Einzelpaaten gehören, an deren, natürliche auch finanzielle Selbstständigkeit wir nicht rütteln lassen wollen. (Lebh. Beifall rechts.) Die Kosten der Einzelpaaten wie die der Gemeinden werden mit und nach dem Krieg noch weiter wachsen; da darf man ihnen nicht die Möglichkeiten verschließen, aus denen allein sie die Mittel schöpfen können: zugunsten der Minderbemittelten auf Kosten der Bemittelten. Völlig enteignet werden kann und darf aber doch der Befrei nicht. Das Übereinkommen der bürgerlichen Parteien in der vorliegenden Form entspricht nicht unseren in der Kommission zum Ausdruck gebrachten Wünschen; deshalb hat sich auch ein kleiner Teil meiner Fraktion davon ausgeschlossen. Zu denen, die der Kriegsgewinnsteuer nicht zustimmen können, gehöre auch ich. Die Fraktion als solche betont, daß in ihrer Zustimmung zu dem Übereinkommen nicht etwa eine Ablehnung der grundsätzlichen Standpunkte zur Steuergebung des Reiches und der Einzelpaaten erkannt werden könne. Die direkte Besteuerung muß für immer den Einzelpaaten verbleiben! Zu der Umfassungsuntersichtung zu geben, ist uns durch den Umstand der Befreiung des Kleingewerbes erleichtert worden. Bei den Verkehrssteuern hätten wir gern eine Berücksichtigung der von jeher ungleich höher belasteten kleinen Fernsprechteilnehmer auf dem Lande gewünscht. (Sehr richtig bei den Konservativen.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Da es ideale Kompromisse nicht gibt, so haben die verbündeten Regierungen es für nötig gehalten, ein wichtiges Opfer ihrer Überzeugung zu bringen, um einem möglichst geschlossenen Reichstag die Billigung der Steuerfragen zu ermöglichen. Trotz grundsätzlicher Festhaltung an den Steuerrechten der Einzelpaaten haben die verbündeten Regierungen angesichts der gegenwärtigen Lage den Wünschen der Parteien, so wie sie in dem Kompromiß zwang gegeben sind, entgegenkommen zu müssen geglaubt. Den verbündeten Regierungen ist dieses Entgegenkommen allerdings sauer geworden. Die Verkehrssteuern würden von der Volkswirtschaft mit Leichtigkeit getragen werden. Ich bin ertaut, daß die Sozialdemokratie so wenig Verständnis für die vorliegende Steuergruppierung hatte. Der Staatssekretär stellt schließlich fest, daß das ganze deutsche Volk zum Zustandekommen des Steuerkompromisses beigetragen habe und verweist in dieser Hinsicht auf die Kundgebungen großer Wirtschaftsverbände, auf die Erklärungen in der Presse und die schließlich Einmütigkeit der bürgerlichen Parteien des Reichstags.

Abg. Mertin (Deutsche Fr.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, welche deren Zustimmung zu dem Kompromiß begründet.

Abg. Bernstein (Soz. Arbeitsgemeinsch.) bezeichnet die Vermögenssteuer als Vorpann für die Verbrauchssteuern, die das Volk empfindlich belasten würden. Es gäbe ganz andere Steuerquellen für das Reich. Deutschland sei nicht kapitalistisch, was ja selbst von der Regierung vielfach hervorgehoben worden sei, und der Krieg habe die Reichen in Deutschland noch reicher gemacht. Redner begründet im weiteren die Ablehnung des Steuerkompromisses durch seine Fraktion und deren Haltung zu der ganzen Gegenwartspolitik, die er in Bausch und Bogen verurteilt. Der Redner wird vom Präsidenten wiederholt zur Sache verwiesen und schließt: Nur bei der Sozialdemokratie ist heute noch der Völkerfriede. (Große Heiterkeit.) Wenn unsere Verbesserungs-Anträge abgelehnt werden, werden wir gegen die ganzen Steuern stimmen.

Staatssekretär Dr. Helfferich bestreitet gegenüber dem Vorredner, daß England uns auf steuerlichem Gebiet als Vorbild dienen könne. Wenn England weitergeht, liegt das an den Erfolgen unserer Kriegsanleihen, ein Erfolg, den aber England nicht aufzuweisen hat. Der Abg. Bernstein hat offenbar auch heute wieder sich vorgestellt, er sei in Bimmerwald. (Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Tenda (Soz.): Auch wir haben im einzelnen sehr erhebliche Bedenken. Wir haben uns schließlich trotzdem und trotz der allgemeinen politischen Bedenken zur Mitwirkung an dem Zustandekommen der Steuern entschlossen. Wir wollen nicht dem Reich in diesem Augenblick die nötigen Mittel verweigern.

Abg. Dr. David (Soz.) protestiert noch einmal gegen den Ausdruck von den präzisiellen Grenzsteinen zwischen den Steuergebieten des Reiches und den Einzelpaaten. Von solchen Grenzsteinen steht kein Wort in der Verfassung des Reiches. Diese klaren Rechtsboden lassen wir uns nicht rauben.

Abg. Blunk (Bp.) spricht gegen die steuertechnischen Ausführungen des Abg. Bernstein und wendet sich gegen die konservative Minderheit und die Sozialdemokratie.

Abg. Bernstein (sozdem. Abg.) nimmt nochmals das Wort und ergänzt seine vorherigen Darlegungen unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Helfferich.

Nach ehrlichen Bemerkungen des Abg. Dr. David gegen Bernstein wird die Beratung der Steuervorlagen verlassen. — Zum Besoldungsgesetz werden noch einige unerhebliche Anträge angenommen, worauf sich das Haus auf Freitag verläßt.

Der Krieg.

Auf den Maasuffern währt der Artilleriekampf mit großer Heftigkeit weiter an. Die Gegend südlich des Dorfes Cumières wurde völlig vom Feinde gesäubert.

Der deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, 21. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Torpedoboote, die sich der Küste näherten, wurden durch Artilleriefeuer vertrieben. — Die rege Feuerfertigkeit im Abschnitt zwischen Kanal von La Bassée und Urras hält an. Unternehmungen deutscher Patrouillen bei Neuve Chapelle und nordöstlich davon waren erfolglos. 38 Engländer, darunter ein Offizier, wurden gefangen genommen, ein Maschinengewehr erbeutet. — Links der Maas säuberten wir die südlich des Dorfes Cumières liegenden Deichen und Büsche vom Feind, wobei drei Offiziere, 88 Mann in unsere Hand fielen. Beim Angriff am 29. Mai erbeuteten wir ein im Caurettewald eingebautes Martinegeschütz, 18 Maschinengewehre, eine Anzahl Minenwerfer und viel sonstiges Gerät. — Auf beiden Maasuffern blieb die Artillerieaktivität sehr lebhaft.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. Oberste Heeresleitung. Amtlich durch das

Briefübermittlung für unsere Kameraden.

Durch einen neutralen Delegierten.

Amtlich. WTB. Berlin, 21. Mai.

Im Auftrage der „Kriegsgefangenenhilfe“ mit ihr verbündeten Liebesgabenausschusses, der unter dem Ehrenvorsitz der Frau Kronprinzessin Cecilie steht, ein neutraler Delegierter am Dienstag, den 6. Juni, nach Spanien, um die dort befindlichen Deutsch-Kameraden zu grüßen.

Es besteht für ihre Angehörigen die Möglichkeit, richten persönlicher oder familiärer Art durch diesen Delegierten zu übermitteln und unseren Tapferen einen Brief der Treue und Liebe zu senden, wenn diese Nachricht bis zum Sonntag, den 4. Juni, unter folgender Nummer eingetroffen sind:

In die deutsche Kriegsgefangenenhilfe, Berlin, Kleine Museumstraße 5 b. Mit dem Vermerk: die Deutsch-Kameraden.

Alle Mitteilungen müssen in der lateinischen Sprache abgefasst sein, dürfen die Länge von hundert Wörtern nicht übersteigen und weder Nachrichten über die Kriegsereignisse noch über Ernährungsfragen enthalten. — Es kann weiteres angenommen werden, daß alle diejenigen Angehörigen, die bei Ausbruch des Krieges sich in Spanien aufgehalten haben, sich nunmehr in Spanien befinden, inzwischen etwas Gegenteiliges bei den Angehörigen nicht bekannt geworden ist.

Luftangriffe auf Smyrna und El Arish.

Das türkische Hauptquartier meldet, daß an der Ostfront keine Veränderung zu verzeichnen ist, und dann fort:

Am 29. Mai waren feindliche Flugzeuge mehrere Personen teils töteten, teils verletzten und einige Häuser beschädigten. — Am 27. Mai gingen ein kleiner Torpedoboot und feindliche Flugzeuge auf El Arish (auf der Sinai-Halbinsel östlich von Suez) vor. Die von dem Flugzeug getroffenen verletzten sieben Personen. Zwei unserer Flugzeuge griffen das Schiff und die Flugzeuge des Feinds auf El Arish an. Sie waren mit Erfolg bombardiert und feuerten aus Maschinengewehren.

An der Kaukasusfront vertrieben die Türken die russischen Abteilungen, mit denen der Feind gegen diese Stellung vorgehen wollte. Auf dem linken Flügel ist es zu örtlichen Artilleriekämpfen.

General Nigrons Schuld an Kut el Amara.

Aus einem englischen Weißbuch, das jetzt veröffentlicht wird, geht hervor, daß General Townshend am 8. Mai als er über eine Division verfügte, dem Oberbefehlshaber in Indien, General Nixon wissend ließ, daß er mindestens drei Divisionen benötige, um den Bormaric gegen Basse anzugreifen. Nixon sandte ihm hierauf kleine Verstärkungen, die er zur Hand hatte, und teilte ihm mit, daß noch drei Divisionen aus Europa kommen würden. Townshend verfuhr Nixon die Schuld von sich abzuwälzen, nachdem er darauf hinwies, daß Townshend mit den Verstärkungen aufzufrieden zu sein schien und sein Erfuchen nicht widerstand. Townshend erklärte in einem Telegramm, daß er im Falle an den Bismarck von Indien abschließe, daß ihm der Befehlshaber keine Verantwortung mehr hätte, da er seine Meinung ja einmal bekannt gegeben habe. Der Befehlshaber seinerseits erklärte, daß die Auffassungen der Unterherrschaften nicht zu seiner Kenntnis gelangt seien. Er habe allein durch die Auffassung Nigrons bestimmt, daß dieser der indischen Regierung gegenüber für die Verantwortlichkeit gewesen sei. Die öffentliche Meinung in England erklärt jetzt General Nixon für den wahren Schuldigen an der Katastrophe von Kut el Amara.

Meuterei in Ägypten.

Laut Mitteilungen aus Ägypten haben Anfang Mai Regimenter indischer Truppen südlich von Kairo gegen Sechzehn europäische Offiziere und annähernd hundert britische Soldaten kamen dabei ums Leben. Die meisten Regimenter werden in einem Lager von südlicher Truppenwache bewacht. Die Ursache der Meuterei soll in unzureichender Ernährung zu suchen sein, weil die Lebensmittel transportiert ausgeblichen waren.

Österreichisch-ungarischer Heeresbericht.

Amtlich wird verlautbart: Wien, 21. Mai.

Russischer Kriegsschauplatz.

Erhöhte Fechtätigkeit an der beharabischen und in Polen dauernd an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die unter Befehl Sr. L. u. F. Hohenzollern übersten Erzherzog Eugen in Tirol operierenden Truppen haben Asiago und Arsiero genommen.

Im Raum nordöstlich Asiago verteilten unsere Truppen nördlich dieses Ortes. Der Monte Baldo und Fiera sind in unserem Besitz. Westlich von Asiago befindet sich der Afla-Schlucht bis zum Monte Corbin geschlossen. — Die über den Bach vorgebrachten Truppen nahmen den Monte Corbin ein. — Neuerliche vergebliche Anstrengungen der Italiener um die Stellungen südlich des Baches waren vergeblich. — In dem bösen Monat seit dem Angriff wurden 3928 Italiener, 694 Offiziere, gefangen genommen und 2590 Italiener erbeutet. — Heute früh belegten mehrere einen Stützpunkt Giorgio di Rogaro mit zehnreichen Böschungen. Die Befestigungen wurden vier Treffer beobachtet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der unteren Bojana haben unsere Truppen die italienische Patrouillen verjagt. — Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs, v. Hoefer, Feldmarschallleutnant

Arsiero und Asiago genommen.

Die beiden wichtigen italienischen Stützpunkte Arsiero und Asiago, die dem großen Massenplatz Seite zu Seite standen, sind und den Zugang zur Tiefenbahn von Blagoi und mittlerer Stellung



Arco ist eine Gürtelfestung, die in der Hauptfläche fünf starken Gürtelfestungen besteht. Sie ist der Endpunkt der Straße von Arco-Wicenza und hat als der Basis der italienischen Tiefebene schon mehrfach einen bedeutenden Ausbau in modernem Sinne erfahren. Die Festung Wicenza hat in ihrer Bauart eine ähnliche Gestaltung wie Arco.

Massendesertion der russischen 19-jährigen.

Wie aus Stockholm vom 31. Mai gemeldet wird, hat die am 29. Mai stattgefundenen Einberufungen des Jahrgangs 1918 (Geburtsjahr 1897) in ganz Russland zu massenhaften Szenen geführt. Schätzungsweise leisteten 50 Prozent der Einberufungsböder überhaupt nicht Folge. In einzelnen Regimentsen ist die Desertion bedeutend stark. Die Rekrutendepots der Moskauer Garde stehen fast gänzlich leer.

In der Nikolawosker Kaserne wurden die Instruktionszettel für die wütenden Weibern verprügelt, wobei verschiedene Untermilitärs ernstliche Verlebungen erlitten. In Samara wurden Jungmannschaften, die der Einberufung folgen wollten, am Betreten der Kaserne verhindert. In Lula fündigten die Waffenarbeiter einen Pogrom gegen die Familien an, deren Söhne in das Heer eintreten. Die Polizei verhaftete bereits zahlreiche Fahnenflüchtige, die teilweise Furcht vor Lynchung als Desertionsgrund gaben. — Der leichte „Gnabrelasch“ des Baren, der die Entfernung der Gefangenisse für Militärtaugliche anordnet, ist durchgeführt. Sogar schweren, bis zu drei Jahren Haftstrafe verurteilten Verbrechern ist die zaristische Gnade zugestellt.

Kriegsplatz.

Bukarest, 31. Mai. In Russland wurde das Rekrutentkontingent 1918 für Ende Mai einberufen. Im nächsten Monate werden neuerliche Einberufungen erfolgen.

London, 31. Mai. Die englischen Dampfer „Southampton“ (2400 Tonnen) und „Dalegarth“ (2280 Tonnen) sind gesunken. Der englische Dampfer „Traumfai“ wurde von einem österreichischen U-Boot torpediert.

Wichtige Tageereignisse zum Sammeln.

31. Mai. Links der Waas wird die Gegend südlich des Dorfes Lumières vom Feinde gesäubert, wobei 8 Offiziere, 88 Mann gesangen werden. — Die Österreicher eroberten die wichtigen italienischen Sperrfestungen Arsero und Monto, die den Zugang zur Tiefenzone von Venedig deutlich.

* Schweizer, schwedischer und norwegischer Käse. Die Central-Einfuhrgesellschaft teilt mit, daß bis auf weiteres im Handel allgemein die Erlaubnis erteilt ist, Käse aus Schweden und Norwegen einzuführen und in den Verkauf zu bringen. Annahme an die B. E. G. ist notwendig, in allen Fällen wird aber auf die Ablieferung verzichtet. Bis zum 31. Juli 1918 ist auch die Einfuhr von Schweizerkäse unter den vorgeschriebenen Formen gestattet. Bedingungen sind bei der Berechnungsstelle für Schweizer Käse in München 8 zu erhalten. Der Höchstpreis für den Verbraucher beträgt 100 Mark das Pfund.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Alle möglichen Gerüchte hatten sich an die Reise des Reichskanzlers nach Süddeutschland geknüpft. Demgegenüber verdient hervorgehoben zu werden, was die zeitliche Bayrische Staatszeitung nach der Abreise des Kanzlers von München nach Stuttgart schrieb. Sie sagte z. B.: „Doch ein unmissbares Meinungsaustausch über die bedeutungsvollen Angelegenheiten, die der Entscheidung immer näherdrückt, für alle Beteiligten von höchstem Wert ist, nur zu natürlich; um so unverständlich ist es, wenn hier und da mit dem Besuch des Kanzlers am königlichen Hofe alle möglichen törichten Gerüchte und willkürlichen Kombinationen, die eine Widerlegung oder nicht verbieten, verknüpft werden. Der Kanzler wird aus den gesagten Vernehungen zweifellos erneut die Überzeugung gewonnen haben, daß die von ihm vertretene Politik auch hier volles Vertrauen und verständnisvolle Zustimmung findet.“

* Der Vorstand des Kriegernährungsamtes beschloß durch zwei Vertreter der Landwirtschaft zu ergänzen, was den bei den Ernährungsfragen besonders beteiligten Personen beabsichtigt das Kriegernährungsamt ständige Bildung herzustellen, indem die Ernährung einiger Frauen zu Mitgliedern des Beirats in Aussicht genommen ist. Daneben soll für die Fragen, die die Frauen besonders betreffen, eine aus Vertreterinnen der verschiedenen Berufe und Organisationen bestehender, nach Bedarf einzuberuhender Frauenbeirat gebildet werden.

* Von berufener Stelle wird entschieden betont, daß gegenwärtig anderslautenden in der letzten Zeit verbreiteten Gerüchten keine Lebensmittelauflauf aus Deutschland bestanden. Die Ausfuhr aller wichtigen Lebensmittel ist verboten. Der Reichskanzler ist zwar ermächtigt, Ausnahmen von dem Verbot zu gestatten, diese Ausnahmen werden jedoch auf das geringste Maß beschränkt. Völlig ist eine Ausfuhr von Lebensmitteln aus Deutschland aus geographischen Gründen nicht vermeiden, ebenso wie z. B. auf der gesetzlichen Seite der österreichischen Grenze auf den Verzug von Lebensmitteln aus dem benachbarten österreichischen Gebiet angewiesen sind, gibt es zumindest auch eine Anzahl österreichischer, namentlich österreichischer Fabrikate, die die Einfuhr von Lebensmitteln aus den benachbarten deutschen Kreisen nicht entbehren können. Wenn jedoch gelegentlich in Zeitungen der Verzug ausdrücklich gegeben wird, daß die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Holland und Dänemark und damit vielleicht eine Befreiung der Verfugung Englands bestanden habe, so ist dies völlig unzutreffend.

Kumanien.

* Wegen der Handelsabkommenverhandlungen Rumäniens mit Bulgarien und der Türkei machten die Gesandten des Bierverbandes Bratislava Vorstellungen und drohten, daß ihre Staaten einstweilen alle Lieferungen einstellen und Rumänien als einen unfreundlich gesinnten Staat betrachten würden. Der Ministerrat blieb bei seinem Standpunkt, daß Rumänien freundliche Beziehungen zu Bulgarien und der Türkei aufrechterhalten müsse, einerlei ob ein Abkommen zustande kommt oder nicht.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 1. Juni. Der Reichstag wird sich noch neueren Diskussionen, dem Berneben nach, vermutlich nur bis zum Oktober vertagen. Eine Vorlage auf Verlängerung der Legislaturperiode steht in sicherer Aussicht, und zwar wird die Verlängerung um ein Jahr gefordert werden.

Berlin, 31. Mai. Der konservative preußische Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Oschatz, Stadt- und Landkreis Brieske Robert Käche ist heute im Alter von 67 Jahren infolge Herzschlags plötzlich verstorben.

Berlin, 1. Juni. Wie hier verlautet, ist gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht nunmehr die Anklage wegen Kriegsvertrags erhoben worden. Damit würden im Falle der Verurteilung die Mandate Liebknechts für den Reichstag und das Abgeordnetenhaus hinfällig werden.

Budapest, 31. Mai. Die ungarische Regierung wird außer der Kriegsgewinnsteuer und Kugelsteuern auch Konsumsteuern einführen. Es wird beabsichtigt, die Steuern für Alkohol, Bader und Beleuchtungskaraffel zu erhöhen. Ferner soll ein Bündelshäusermonopol geschaffen werden.

Bern, 1. Juni. Bei Besprechung von Unzulänglichkeiten in der Bezahlung der Landarbeiter steht „Secolo“ für die jetzige Heuernte und andere wichtige Landarbeiten weitere Streits für einen großen Teil des Landes voraus.

London, 1. Juni. Der Parlamentssekretär des Handelsamts hat einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den die Biererzeugung um 15% vermindert und zugleich die Einfuhr von ausländischem Bier und Hopfen verboten werden soll, um Schiffraum zu sparen.

Nah und Fern.

* Wo stehen die Eier? 10 000 Eier, die dem Stadtmaistrat Ingolstadt im Oberbayern auf Ansuchen der Bayerischen Eiervergütungsstelle München zum Verkauf auf dem Eiermarkt und zur Abgabe an den Kleinhandel ausgewiesen worden sind, konnten bisher ungeachtet aller Bemühungen bei den Bahnbehörden nicht ermittelt werden. Die verschwundenen Eier sind angeblich von der beauftragten Firma ordnungsgemäß verfrachtet worden.

* Zuckerkrise in Frankreich. „Temps“ schreibt über die Zuckerkrise, daß die Festeigung von Höchstpreisen bisher keine Annahme des Zuckervorrates auf dem Markt bewirkt habe. Viele Kleinhändler seien ganz ohne Zucker. Auch Bordeaux fordere dringend Zuckersendungen. Indessen habe das Handelsministerium darauf immer nur die Antwort, daß Zucker für jedermann massenhaft da sei.

* Automobil der „Luzien Heinrich“ der Niederlande. Wie aus dem Haag gemeldet wird, wurde das Automobil des Prinzen der Niederlande auf der Landstraße von Heereweerden nach Leiden von einem folgenden Automobil angefahren. Das Automobil des Prinzen wurde gegen die Männer am Rande der Straße geschleudert und leicht beschädigt. Die Insassen kamen, ohne Verlebungen davon.

* Vor 50 Jahren — kriegsgetraut. Eine wohl einzige dastehende Goldene Hochzeit feierten die in Dresden anlässlich Chelone Lucas begehen. Sie wurden vor 50 Jahren, am 28. Mai 1888, während des preußisch-österreichischen Krieges kriegsgetraut. Das freie Jubelpaar war Gegenstand zahlreicher Ehrungen.

* Ein einem stanendis gestorben. Der Polizeiwohrameister Kalweit in Ragnit wurde vor einigen Tagen beim Streichen seiner Haustäfe von dieser in die Hand gebissen. Da die kleine Wunde anfänglich nicht beachtet wurde, schwoll der Arm an und die Ärzte stellten Blutvergiftung fest. Trotz mehrfacher operativer Eingriffe trat gestern der Tod ein.

* Die Schweiz gegen die Spielbanken. Der Schweizer Bundesrat hat die Errichtung von Spielbanken verboten. Da hierdurch besonders die Kurorte am Genfer See betroffen werden, sollen aber die schon vorhandenen Spielställe fünf Jahre offen bleiben dürfen.

* Todessturz beim Rennen. Auf der Rennbahn im Sportpark Treptow wurde der bekannte Schriftsteller Max Bauer, während er seinem Bruder, dem Rennfahrer Bauer, als Führer diente, bei einem Zusammenstoß mit dem Motorfahrer Geppert tödlich verwundet. Er starb bald darauf im Krankenhaus. Geppert kam heil davon. Der von ihm geführte Rennfahrer Stellbrink wurde in den Sturz mitverwickelt und brach das Schädelbein.

* Gute Ernte in Luxemburg. Die Aussichten für ein günstiges Erntejahr wählen mit jedem Tage. Nach den reichlichen Niederschlägen der letzten Tage stehen sämtliche Saaten glänzend. Eine geradezu überreiche Butterernte ist zu erwarten. Auch die Weinberge stehen gut und berechnigen die Winzer zu den schönsten Hoffnungen. Aus den benachbarten Gebieten laufen die Berichte ähnlich.

* Die Flucht des Fliegers Gilbert gescheitert. Nach Nachrichten aus Frankreich ist der französische Flieger Gilbert, der vor einigen Tagen aus seiner Schweizer Internierung geslohen war, auf französischem Boden angekommen.

* Englisches Mittel gegen Gewissenskrüppel. Auf eine Anfrage im Unterhause mußte Premierminister Asquith antworten, daß Personen, die wegen Gewissensbedenken den Militärdienst verweigert haben, im Arrest gefesselt und angeleitet worden seien. Das sei jedoch, so meinte Asquith, nur in solchen Fällen geschehen, in denen die Leute gewalttätig geworden seien, oder ihre Kleider zerissen hätten. Er sagte weiter, daß die Gefängnisstrafe von zwei Jahren, die gegen diese Leute verhängt worden sind, auf 112 Tage herabgesetzt wurden.

* Brand in einer rumänischen Patronenfabrik. Wie aus Bukarest gemeldet wird, brach in der in der Nähe des königlichen Schlosses Cotroceni befindlichen Patronenfabrik ein Brand aus, der mehrere heftige Explosionen verursachte. Der König erschien an der Brandstätte und leitete persönlich die Löscharbeiten, die nach zwei Stunden erfolgreich beendet wurden. Einige Personen wurden leicht verwundet, ein Petroleumbehälter, ein kleiner Pulverdepot und eine Patronenverkäufe zerstört. Die Ursache des Brandes konnte bisher nicht aufgeklärt werden.

Lokales und Provinzielles.

Wochenschrift für den 3. Juni.

Sonnenauftgang	4 ⁴⁴	Mondaufgang	6 ³³ B.
Sonnenuntergang	9 ¹²	Monduntergang	11 ⁴⁴ N.
Vom Weltkrieg 1915.			
3. 6. Die Festung Przemysl von Deutschen und Österreichern wieder zurückeroberter.			

1889 Schriftsteller Paul Lindau geb. — 1848 Friedrich VIII. von Dänemark geb. — 1844 Dichter Detlev Fhr. v. Blumenthal geb. — 1845 Staatsmann Arthur Graf v. Borsodowitsch-Wehner geb. — 1865 Georg V. von England geb. — 1871 Elsah-Lothringen wird deutsches Reichsland. — 1899 Komponist Johann Strauß (Sohn) gest. — 1910 Dichter Julius Wolff gest.

Austausch der ältesten Jahrgänge des Landsturms.

Aus verschiedenen Mitteilungen der Tagespresse und den in letzter Zeit beim Kriegsministerium sich häufigen Anträgen auf Entlassung älterer Landsturmlieute geht hervor, daß trüge Ansichten über den eingeleiteten Austausch der älteren Jahrgänge des preußischen Landsturms der Aufführung bedürfen. Da Landsturmannschaften der ältesten Jahrgänge sich seit geraumer Zeit, zum Teil schon seit Beginn des Krieges, in vorderster Linie, oder in dem anstrengendsten und wichtigsten Sicherungsdienst der Etappen- und Generalgouvernements-Gebiete befinden, schien ihre allmähliche Ablösung durch jüngere Landsturmannschaften aus dem Heimatdienst angezeigt. Im allgemeinen ist daher die Ablösung und Aufführung zunächst der 1870 und früher, demnächst die der 1871 und 1872 geborenen Mannschaften durchgeführt oder in die Wege geleitet worden. Der alleinige Zweck des Austausches ist, diesen seit langer Zeit im Felde stehenden Landsturmlieuten der ältesten Jahrgänge die Erleichterungen des Dienstes bei den Truppen des Besatzungsheeres zu verschaffen, nicht aber, wie fälschlicherweise angenommen worden ist, ihre Entlassung aus dem Heeresdienst herbeizuführen. Es betrifft auch nicht Landsturmannschaften älterer Jahrgänge, die noch gar nicht eingezogen waren. Alle weiteren in der breiten Öffentlichkeit damit in Zusammenhang gebrachten Meinungen über unzulässige Musterung und Neuinstellung der seit 1869 Geborenen, über beabsichtigte Entlassung der ältesten Jahrgänge des Landsturms usw. sind irrig. Die Eingliederung Wehrpflichtiger, auch wenn sie zurzeit über 45 Jahre alt geworden sind, ist nach § 27 des Gesetzes betreffend Änderung der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888 zulässig. Die Entlassung nicht kriegsverwendungsfähiger Mannschaften, die für militärische Aufgaben nicht gebraucht werden, aus den Erstzüppen kann ohne Rücksicht auf das Lebensalter von den stellvertretenden Generalkommandos genehmigt werden.

* Viehzählung. Am heutigen Tage findet nochmals eine Viehzählung statt, die sich auf Rinder, Schweine und Schafe erstreckt.

* Das Ergebnis der Schulkriegsanleihe. Das Ergebnis der Werbungen der Schulen für die vierte Kriegsanleihe liegt jetzt vor. 509 Schulen waren fast 47 M. M. Darunter waren 1887 Knabenschulen, die 34 321 400 M. aufbrachten, 69 Mädchenschulen mit 3 374 400 M., sieben Schulen für Knaben und Mädchen mit 112 000 M., 126 Seminare und Präparandenanstalten mit 8 982 000 M. Die österreichischen Schulen haben bei der dritten Kriegsanleihe ein Ergebnis von 13,5 Millionen Kronen erzielt.

Großer Sieg zur See.

Amtlich wird gemeldet: Unsere Hochseeflotte ist bei einer nach Norden gerichteten Unternehmung am 31. Mai auf uns erheblich überlegene englische Kampfflotte gestoßen. Es entwickelte sich nachmittags zwischen Slagerak und Horns Riff eine Reihe schwerer, für uns erfolgreicher Kämpfe, die auch während der Nacht andauerten. Von uns sind vernichtet worden, das Großkampfschiff „Warpite“ die Schlachtkreuzer „Queen Mary“ und „Indefatigable“, 2 Panzerkreuzer, 1 kleiner Kreuzer, 3 neue Zerstörer-Fährtkäfle sowie eine große Anzahl von Torpedoboote-Zerstörern und 1 Unterseeboot. Nach einwandfreier Beobachtung hat ferner eine Reihe englischer Schlachtkräfte während der Tagesschlacht und in der Nacht schwere Beschädigungen erhalten, so hat das Großkampfschiff „Marlborough“ Torpedotreffer erhalten. Auf unserer Seite ist der kleinere Kreuzer „Wiesbaden“ während der Tagesschlacht und in der Nacht S. M. S. „Pommern“ durch Torpedoschüsse zum Sinken gebracht worden. Ueber das Schiffs S. M. S. „Frauenlob“ das vermisst wird und einiger Torpedoboote, die noch nicht zurückgekehrt sind, ist bisher noch nichts bekannt. Die Hochseeflotte ist im Laufe des Tages in die Hafen eingelaufen.

Bekanntmachung.

Die Fleischversorgung für diese Woche ist wie folgt geregelt:

Das Fleisch gelangt von Samstag Vormittag 10 Uhr zur Ausgabe in den 3 Geschäften von D. Wieghardt, Fritz Gron und D. Steeg und wird erworben, daß sich die Bewohner der Ober-, Mittel- und Unterstadt entsprechend verteilen. Rind-, Schweine- und Kalbfleisch bei Gron.

Auf den Kopf (Kinder unter 5 Jahren ausgeschlossen) kommen 160 Gramm (Wurst mit eingerechnet). Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlage der Lebensmittelkarte, wozu für je 160 Gramm eine Rummel gestrichen wird.

Braunschweig, 2. Juni 1916. Die Polizeiverwaltung.

Wetterausichten.

Eigener Wetterdienst.

Möglich warm, Regen, zum Teil mit Gewittern.

Entlade heute Briefes.

E. Eichenbrenner.

Amtliche Bekanntmachungen der städtischen Behörden.

Am Freitag, den 2. Juni werden die Lebensmittelkarten für den Monat Juni ausgegeben. Diese sind bei allen Geschäften, welche durch uns bekanntgegeben werden, vorzulegen, ebenso sind die Verkäufer verpflichtet, sie die verausgabte Menge die betr. Nummer auf den Karten zu streichen.

Braubach, 31. Mai 1916. Die Polizeiverwaltung.

Den hierigen Geschäften ist überwiegen worden:

a) Schmierseife zum Verkaufspreise von 75 Pf.

b) Seife zum Verkaufspreise von 4 Pf.

Von letzterem kommen auf den Kopf 100 Gramm, während die Seife in die für jeden zustehende Menge einzurechnet wird.

Braubach, 31. Mai 1916. Die Polizeiverwaltung.

Es kann Tücher bezogen werden, der Rentner zu 3,50 M.

Meldungen auf dem Bürgermeisteramt, Zimmer 3.

Braubach, 29. Mai 1916. Die Polizeiverwaltung.

Auf Grund der Kreispolizeiordnung vom 3. Nov. 1906 wird hiermit angeordnet, daß das erstmalige Besprühen der Weinberge zur Bekämpfung der Blattkrankheit in nachfolgend angegebenen Distrikten und Reihenfolge zu geschehen hat.

Die für die Bespritzung nötige Apparatur wird fertig zubereitet von der städtischen Verwaltung zur Verfügung gestellt und in Fässern an die Distrikte gefahren (ausgenommen am 7. Juni).

Freitag, den 2. Juni für Distrikt Oppelnstein.

Samstag, den 3. Juni für die Distrikte Schötzweil und Mainzberg.

Montag, den 5. Juni für die Distrikte Blosberg, Liebendell, Dautensiel und Ulrichs Flacht.

Dienstag, den 6. Juni für die Distrikte Flachtenberg, Spezial, Klein- und Großjagensiel.

Mittwoch, den 7. Juni für die Distrikte Rheinberg, Reiters und Limberg (bis zum Weinberg des Chr. Ott Jr.).

Donnerstag, den 8. Juni für Distrikt Geche.

Mittwoch, den 7. Juni wird die Besühe im Schulhof ausgegeben.

Für die übrigen Distrikte hält der Wagen an derselben Stelle wie im vorigen Jahre.

Die Ausführung der Arbeiten wird kontrolliert, insbesondere darauf geachtet, ob die Bespritzung ausreichend und richtig erfolgt ist.

Gegen Schäume werden Strafen festgesetzt, auch findet in den Weinbergen eine Bespritzung von Anderwegen statt, deren Kosten zwangsläufig eingezogen werden.

Braubach, 29. Mai 1916. Die Polizeiverwaltung.

Stadtverordneten-Sitzung.

Die Mitglieder der Stadtverordneten-Verhüllung werden hierdurch zu der am Samstag, den 5. Juni 1916, Nachmittags 2 Uhr im Rathaussaal daher anberaumten

Sitzung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beitrag für älter.ung. Rote Kreuz.
2. Gatsübertragung durch Armentosten für Dina und Georg Wallendorf.
3. Wahl von vier Mitgliedern und vier Stellvertretern der Einkommensteuer-Vereinschaltungskommission.

Braubach, den 26. Mai 1916.
Der Stadtverordnetenvorsteher

J. B. Högner.

Heil's Waschmaschinen neu eingetroffen.

Julius Rüping.

Für die Sommerzeit

empfiehlt:

Spitzenstoffe
in schwarz, weiß und farbig

Spitzen, Borden,
Kragen
in den neuesten Formen

Zierknöpfe, Besatz-
seide und alle zur
Schneiderei nötigen
Artikel.

Alles in schöner Auswahl

R. Neuhaus.

Vom 28. Mai bis 3. Juni d. J. wird mit Genehmigung der Herren Minister des Innern und der geistlichen und Unter-richts-Angelegenheiten durch den dem Centralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz angegliederten Gesamt-ausschuss zur Verteilung von Lesestoff im Felde und in den Lazaretten eine

Reichsbuchwoche

veranstaltet.

Diese Reichsbuchwoche soll dem deutschen Volke die Pflicht ans Herz legen, ihrer Brüder im Felde durch Versorgung mit guter geistiger Kost zu gedenken, eine Pflicht, die ebenso wichtig ist, wie die Sorge um das leibliche Wohl der Soldaten.

Für die Auswahl der Bücher ist folgendes zu beachten: Geeignet sind namentlich:

1. Unterhaltende Bücher, Romane, Novellen, Kalender, Almanache, auch Hebebücher, ferner Zeitschriften allgemeine Inhalts, besonders auch illustrierte Familienzeitschriften in ganzen Bänden oder einzeln bestellt.
2. Gedichte und Dramen, Ausgaben der deutschen Klassiker, von denen auch einzelne Bände erwünscht sind.
3. Volksüblich belehrende Schriften, namentlich aus den Gebieten der Geschichte, der Länderkunde, der Naturwissenschaft und der Technik, auch Bücher über Lebens- und Geistigen.
4. Religiöse Schriften, die für einen Krieger passen.

Ungeeignet sind:

- a) Schläfrige und unsittliche Schriften, aus sogenannte Schundliteratur wie die bekannten Bahnspiele und schlechte Detektivromane.
- b) Streitschriften, namentlich solche die im Sinne politischer oder kirchlicher Parteien verfaßt sind.
- c) Jugendschriften, die für ein kindliches Alter oder für Mädchen bestimmt sind. Bücher für größere Knaben sind meist gut zu verwenden.
- d) Rein wissenschaftliche und gelehrte Bücher.

Schriften über den Krieg mögen die Soldaten in den Schützengräben in der Regel nicht gern lesen; sie verlangen besondere Unterhaltungsschriften, vor allem humoristische, die sie vor der oft grauenhaften Wirklichkeit des Siedlungskampfes ablenken, ihr Gemüth erheitern und ihre Nerven beruhigen.

Allzu große und schwere Bücher sind nicht erwünscht, gebundene Bücher sind den ungebundenen vorzuziehen.

Wir bitten das legendre Unternehmen nach Kräften zu unterstützen.

Wiesbaden, den 18. Mai 1916.

Bezirkskomitee vom Roten Kreuz.
von Meissner.

Wird veröffentlicht.

In dieser Stadt ist für die Sammlung von Büchern um Schriften eine Sammelstelle im Rathause eingerichtet und wird die Bürgerschaft gebeten, den guten Zweck reichlich unterstützen zu wollen.

Braubach, 26. Mai 1916.

Der Bürgermeister.

Die Bekleidung gegen den katholischen Wege- wärter Wilhelm Michel, bestehend in den Worten: Städtischer Haushälter und Lump, nehme ich mit dem Abspruch des Bedauerns zurück.

Heinrich Endlich.

Biber-Manns- und Knaben-Hemden zu allen Preisen in guter Ware und reich Ausmahl empfiehlt.

Rud. Neuhaus.

Bronze- und Emaille-Farben

find wieder eingetroffen.
Chr. Wieghardt.

Baumwolle und reich Ausmahl empfiehlt.

Rud. Neuhaus.

Baumwolle und reich Ausmahl empfiehlt.

Rud. Neuhaus.

Saatmais, deutscher und ewiger Kleesamen

in allen Weisen und modernen Formen äußerst preiswert.

Rud. Neuhaus.

Zierknöpfe neue Kleiderbesätze

in reich Ausmahl bei

Geschw. Schumacher.

Gesunde Dienstbücher

find wieder zu haben bei

A. Lemb.

Trockenmilch

in einer Vorrath-Milch

Port 30 Pf.

Jean Engel.

Zigaretten

in Feldpostpackung in allen

Preislagen.

Jean Engel.

Raffstabast Bindegarn Grünestrick

Chr. Wieghardt.

Bringe mein grosses schö ausgestattes

Strumpfwarenlager

empfehlende Erinnerung

Rud. Neuhaus.

Die so beliebten

Kursbücher für Sommer 1916

sind eingetroffen

A. Lemb.

Schürzen

für Damen, Mädchen und Kinder, sowie

in reicher Auswahl und gebogenen Stoffen sind ebenso

Rud. Neuhaus.

Empfehle mein Lager in

Deisen, Herde, Kohlenfüller, Ofenschränke, Kohleherde und Ofenleisten, Ofenvorzeiger, Verdampfer, Kohlenhaußeln, Stotheisen, Wärmeleisten mit Bleidick

zu den billigsten Preisen

Julius Rüping

Salatwürze „Triumph“

(Salatöl-Ersatz)

Konserviert! Ohne Fettzusatz

Hygienisch einwandfrei

Zur Selbstherstellung von 2 Liter Salatölen

Chemie unterricht durch die Herren: Dr. Reiß und Dr. Reißmann, staatlich vereidigte Handelslehrer, Frankfurt a. M.

Preis 50 Pf.

3. haben bei

Chr. Wieghardt.

Packpapier

— braun und blau — per Bogen nur 5 Pf.

A. Lemb.

Schürzen

für Damen und Kinder

in reicher Auswahl bei

Geschw. Schumacher.

Die Neuheiten in

Stroh Hüten für Herren, Knaben und Kinder

find in großer und besser Auswahl eingetroffen.

Vorläufig in vielen schönen Formen und allen Stilen bei äußerst billigen Preisen.

Rud. Neuhaus.

Nähmaschinen

— nur erste Fabrikate — zu billigen Preisen.

Bevor Sie eine Maschine kaufen, bitte ich um Ihren Besuch, damit ich Sie von der Güte und Brauchbarkeit überzeugen kann.

Langjähr. Garantie Kostenloses Anhören.

Gg. Ph. Clos.

Schmirgelleinen

vi der eingetroffen.

Julius Rüping.